



79/2003

Kiel, 16. Juni 2003

Die 34. Tagung des Landtages: Volles Programm vor der Sommerpause – Regierungserklärung zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Schleswig-Holsteins

Kiel (SHL) – *Am Mittwoch, 18. Juni 2003, beginnt um 10:00 Uhr die 34. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Die Sitzung ist auf drei Tage angelegt und endet voraussichtlich am Freitag, 20. Juni 2003, um 18:00 Uhr.*

Am kommenden **Mittwoch** sind die ersten eineinhalb Stunden der Debatte über eine Regierungserklärung der Ministerpräsidentin gewidmet. Heide Simonis wird darin zur **politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein** Stellung nehmen.

Anschließend geht es um den **Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen**. In Erster Lesung wird dazu ein Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 15/2694) beraten. Mit dem Gesetz soll die 1992 eingeführte Fehlbelegungsabgabe für besser verdienende Mieter von Sozialwohnungen zum 1. November 2003 abgeschafft werden. Grund: rückläufige Einnahmen und ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand. Rund 10.000 Privathaushalte werden durch die Abschaffung der Abgabe künftig entlastet. Durchschnittlich 49 € wurden monatlich gezahlt.

Eine weitere Erste Lesung steht dann auf dem Programm. Es geht um die **Änderung des Hochschulgesetzes**, das auf Initiative der Landesregierung geändert werden soll (Drs. 15/2718). Geplant ist die Einführung einer Juniorprofessur, die die alt hergebrachte Habilitation ersetzen soll. Qualifizierte Absolventen sollen möglichst unmittelbar nach Stu-

dienabschluss einen befristeten Vertrag erhalten, um früher als bislang üblich Professor zu werden und eigenverantwortlich in Forschung und Lehre arbeiten zu können.

Ein Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes** (Drs. 15/2730) wird anschließend in Erster Lesung beraten. Mit der Neuregelung will die CDU der Polizei mehr Möglichkeiten bei der Vorbeugung von Straftaten einräumen: Potentielle Verursacher von häuslicher Gewalt sollen für bis zu zwei Wochen aus ihrer Wohnung verbannt werden können. Zusätzlich sollen Personen bis zu zehn Wochen eine Gemeinde nicht betreten dürfen, wenn der Verdacht besteht, dass sie dort eine Straftat planen.

Nach der Mittagspause befasst sich das Landesparlament in Zweiter und abschließender Lesung mit der **Änderung des Landeswassergesetzes**. Hierzu liegt eine Beschlussempfehlung des Umweltausschusses vor, die mit den Stimmen der Regierungsfaktionen den Gesetzentwurf der Landesregierung in leicht veränderter Form zur Annahme empfiehlt (Drs. 15/2733). Mit ihrem Gesetzentwurf kommt die Landesregierung der europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie aus dem Jahre 2000 nach. Gemäß den EU-Vorgaben sollen Gewässer bis 2015 in einen guten ökologischen und chemischen Zustand versetzt werden und ausreichend Entfaltungsraum erhalten.

Einen **2. Nachtrag zum Haushaltsplan 2003** fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/2683), über den das Parlament dann diskutieren wird. Darin soll die Landesregierung die zu erwartenden Mindereinnahmen sowie mindestens 75% der vorgesehenen globalen Minderausgaben mit konkreten Gegenfinanzierungen versehen.

Danach geht es um den **Agrarreport 2003**, zu dem die Regierungsfaktionen einen aktuellen mündlichen Bericht der Landesregierung beantragt haben (Drs. 15/2702). Ergänzend dazu möchte die CDU Auskunft über die **Entwicklung der Lebensmittelpreise und des Verbraucherverhaltens** (Drs. 15/2741).

Letztes Thema am Mittwoch ist die **Einführung einer zentralen Abiturprüfung**, die von der CDU-Fraktion gefordert wird (Drs. 15/2703). Mit der zentralen Abschlussprüfung will die CDU für größere Vergleichbarkeit und Transparenz sorgen. Sieben der 16 Bundesländer geben über ihre Bildungsministerien zentral die Aufgaben für die schriftlichen Abiturprüfungen vor: Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Saarland, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Über die Einfüh-

rung des Zentralabiturs wird in Hessen, Niedersachsen, Berlin und Brandenburg nachgedacht.

Am **Donnerstag, 19. Juni 2003**, gibt es zunächst eine Debatte um die **sozialen Sicherungssysteme**. Drei Anträge liegen dazu vor: Die FDP-Fraktion will die Sicherungssysteme **umbauen und erhalten** (Drs. 15/2714), der SSW fordert den **Umbau der Sozialsysteme nach skandinavischem Vorbild** (Drs. 15/2712) und SPD und GRÜNE wollen eine **drastische Reduzierung der Lohnnebenkosten** (Drs. 15/2724) erreichen. Übereinstimmend mit dem SSW fordern die Regierungsfaktionen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, um die sozialen Sicherungssysteme weiter finanzieren zu können und den Faktor „Arbeit“ kostengünstiger zu gestalten.

Anschließend geht es um den **Wassertourismus in Schleswig-Holstein**, den die CDU-Fraktion entwickelt und gestärkt sehen will (Drs. 15/2720). Die Landesregierung soll in Zusammenarbeit mit den Verbänden des Wassertourismus und anderen Ländern Marketingstrategien entwickeln. Hintergrund: Marktforschungsstudien zufolge üben circa 10 Millionen Bundesbürger regelmäßig oder gelegentlich Freizeit-Aktivitäten im, am und auf dem Wasser aus. Die deutsche Wassersportwirtschaft beschäftigt rund 20.000 Menschen und verzeichnet einen Gesamtumsatz von 1,8 Milliarden € pro Jahr (Zahlen aus dem Jahr 2000).

Ein weiterer CDU-Antrag befasst sich mit der **Handwerksordnung** (Drs. 15/2729), die mit Bedacht weiter entwickelt werden soll. Die Pläne der Bundesregierung für die Änderung der seit 1953 geltenden Handwerksordnung stoßen bei der CDU auf Widerstand. Die Bundesregierung will die Bestimmungen lockern und in 65 Handwerksberufen den Meisterzwang abschaffen. Vertreter der Handwerksverbände kritisieren diese Vorschläge.

Die **Baumaßnahmen der Deutschen Bahn AG und ihrer Tochterunternehmen** werden anschließend auf der Basis eines Berichtes der Landesregierung (Drs. 15/2616) im Landtag diskutiert. Laut Bericht betreibt die Deutsche Bahn AG in Schleswig-Holstein auf rund 1.100 Streckenkilometern täglich ca. 1.000 Züge des Nahverkehrs und durchschnittlich 60 Züge des Fernverkehrs. In ihren 123 Bahnhöfen im Lande wurden pro Jahr 35 Millionen Reisende gezählt.

Die **Förderung von Existenzgründungen** in Schleswig-Holstein ist ebenfalls Gegenstand eines Regierungsberichtes, der dem Landtag wunschgemäß vorgelegt wird (Drs. 15/2716). Laut Wirtschaftsministerium haben

sich im Jahre 2002 insgesamt 142 Unternehmen in Schleswig-Holstein niedergelassen oder neu gegründet und dabei 1527 neue Arbeitsplätze geschaffen (Vorjahr: 145 Firmen mit 1683 Arbeitsplätzen).

Am Nachmittag berichtet die Landesregierung dem Parlament über den **Stand der Reform des Jugendstrafrechts** (Drs. 15/2708). Hintergrund ist die anhaltende Diskussion über die ansteigende Jugendkriminalität, die Forderungen zur Verschärfung des Jugendstrafrechts nach sich zieht.

Es folgt der **Tätigkeitsbericht des Eingabenausschusses** über das letzte Quartal des vergangenen Jahres (Drs. 15/2712). 95 Eingaben waren zu bearbeiten. Davon konnte ein Drittel im Sinne bzw. zumindest teilweise im Sinne der Petenten erledigt werden.

Den aktuellen Stand in Sachen **Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz des Bundes** wollen SPD und GRÜNE von der Landesregierung berichten lassen (Drs. 15/2640). Insbesondere interessiert sie, ob und wie das Kriterium der sexuellen Identität und Orientierung berücksichtigt wird.

Nächstes Thema ist die **Reform der Gemeindefinanzen**. SPD und GRÜNE fordern die Landesregierung in ihrem Antrag (Drs. 15/2705) unter anderem auf, sich in der Gemeindefinanzreformkommission für eine schnelle und deutliche Stärkung der Finanzkraft der Kommunen einzusetzen. Hintergrund: Der Deutsche Städtetag schätzt das Defizit der kommunalen Haushalte in Deutschland für das laufende Jahr auf insgesamt 9,9 Milliarden €. In Schleswig-Holstein gehen die Kommunen davon aus, dass ihre Einnahmen 2003 um mehr als 100 Millionen € unter den geplanten Ansätzen liegen werden. Gründe für diese Entwicklung sind unter anderem der Rückgang der Gewerbesteuer-Einnahmen, die gestiegenen Aufwendungen für Sozialhilfe und der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst.

Um das **Haus der Geschichte**, ein von allen Landtagsfraktionen befürwortetes zeitgeschichtliches Museum, geht es in der anschließenden Debatte. Nachdem die SPD-Fraktion öffentlich erklärt hat, das Museum sei in dieser Wahlperiode nicht mehr finanzierbar, fordern CDU und SSW in einem gemeinsamen Antrag (Drs. 15/2722) dennoch strukturelle Maßnahmen. So soll unter anderem eine Organisationsform geschaffen werden, um zugesagte Sponsorengelder, Projektmittel und EU-Fördergelder einnehmen zu können.

Letztes Thema am Donnerstag ist der **Tätigkeitsbericht 2003 des Unabhängigen Zentrums für Datenschutz (ULD)** (Drs. 15/2535).

Am **Freitag, 20. Juni 2003**, wird in Zweiter und abschließender Lesung das ursprünglich von der CDU vorgelegte **Gesetz zur Förderung des Mittelstandes** beraten, mit dem die Vergabe von Fördermitteln im Lande geregelt wird. Nach intensiven Beratungen und einer Anhörung legt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag eine einstimmig gefasste Beschlussempfehlung vor (Drs. 15/2734).

Danach geht es um die **Freiheit zur Erhebung von Studiengebühren**, die von CDU und FDP in einem gemeinsamen Antrag gefordert wird (Drs. 15/2742). Demnach soll der Landtag mehrere Landes- bzw. Staatsregierungen – unter anderem Hamburg – dabei unterstützen, vor dem Bundesverfassungsgericht eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes zu erreichen. Diese Länder wollen die Option haben, Studiengebühren für das Erststudium zu erheben.

Einen **Kindergesundheitsbericht** hatte die CDU-Fraktion von der Landesregierung gefordert (Drs. 15/2241). Der Sozialausschuss hat den Berichtsauftrag mit den Stimmen der Regierungsfraktion geändert (Drs. 15/2638). Die Landesregierung wird nunmehr verpflichtet, im Rahmen der für 2006 vorgesehenen „Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“ des Robert-Koch-Institutes einen Bericht über die Situation in Schleswig-Holstein vorzulegen.

Die **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen** wird anschließend diskutiert. Der Sozialausschuss hat sich mit dem dazu vorgelegten CDU-Antrag befasst und einstimmig eine Beschlussempfehlung dazu vorgelegt (Drs. 15/2639, neu). Hintergrund sind die steigenden Belegungszahlen in den teil- und vollstationären Behinderteneinrichtungen im Lande.

Der **Europäische Verfassungskonvent** hat in diesen Tagen seinen Vorschlag für eine künftige europäische Verfassung vorgelegt. SPD und GRÜNE haben beantragt, dass die Regierung den aktuellen Stand im Landtag berichtet (Drs. 15/2619). Hintergrund: Die Regeln der Verfassung sollen die auf 25 Länder erweiterte Union funktionsfähig erhalten. Die Gemeinschaft erhält an der Spitze eine neue Machtstruktur. Neben dem Kommissionspräsidenten wird es künftig einen hauptamtlichen Präsidenten des Rats der Staats- und Regierungschefs geben. Ein Außenminister wird die EU in der Welt vertreten. EU-Parlament und Kommissionschef werden gestärkt, die Kommission nach dem Jahr 2009 aber auf 15 Mitglieder verkleinert.

Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark** ist das Thema der anschließenden Beratung. Hierzu hat die Regierung einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/2731). Aus dem Bericht hier einige Beispiele für die umfangreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark auf institutioneller Ebene: Das Projekt „Kinderland Ostsee“ präsentiert spezielle, kindgerechte Angebote auf beiden Seiten der Grenze, etwa im touristischen Bereich. Die „Trans-Fähr-Gespräche“ führen Unternehmer aus beiden Ländern im Rahmen einer gemeinsamen Schifffahrt zusammen. Die „Kulturbrücke über den Belt“ soll die Zusammenarbeit deutscher und dänischer Kultureinrichtungen verbessern. Die Hochschulkooperation zwischen der Universität Flensburg und der Syddansk Universitet Sonderburg hat drei gemeinsame Studiengänge hervorgebracht. Im Bereich des Katastrophenschutzes gibt es ein deutsch-dänisches Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung im Unglücksfall.

Es folgt die Debatte über den **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für das Jahr 2002** (Drs. 15/2666). Letztes Thema der Tagung ist die **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“** – Grundlage ist ein Bericht der Landesregierung dazu (Drs. 15/2685).

Ablauf und Beratungszeiten der 34. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	B' 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
1	Aktuelle Stunde								90
2	Regierungserklärung zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Mittwoch 10:00 Uhr	-	15	15	15	15	15	15	90
	Zweite Lesungen								
3	Ausbildungszentrumsgesetz (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
4	Änderung des Landeswassergesetzes (Reg.) Mittwoch 15:00 Uhr	5	10	10	10	10	10	10	65
5	Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz (CDU) Freitag 10:00 Uhr	5	10	10	10	10	10	10	65
	Erste Lesungen								
6	Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung Wohnungswesen (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
7	Änderung des Hochschulgesetzes und des Landesbeamtengesetzes (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
8	Änderung des Landesverwaltungsgesetzes (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
	Wahlvorschlag								
9	Wahl eines Mitgliedes des Richterwahlausschusses (SPD)	- ohne Aussprache -							
	Anträge								
10	Unterrichtsversorgung und Lehrerbedarf (FDP)	- Absetzung von der Tagesordnung vorgesehen -							
11	2. Nachtrag zum Haushaltsplan 2003 (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
12	Agrarreport (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit TOP 26	-	5	5	5	5	5	5	30
13	Einführung einer zentralen Abiturprüfung (CDU)	-	5	10	5	5	5	5	35
14	Reform der Gemeindefinanzen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	10	10	10	10	10	10	60
15	Zukunft des öffentlichen Dienstes (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
16	Bericht zum Bundesverkehrswegeplan (FDP)	- ohne Aussprache -							

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	B' 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
17	Soziales Sicherungssysteme: Umbauen und erhalten (FDP) mit TOP 20 und 23 am Donnerstag 10:00 Uhr	-	10	10	10	10	10	10	60
18	Stand und Entwicklung des Programms „Zukunft auf dem Land“ (CDU)	- ohne Aussprache -							
19	Wassertourismus entwickeln und stärken (CDU) nach TOP 17	-	5	5	5	5	5	5	30
20	Grundlegender und sozial ge- rechter Umbau der Sozialsys- teme (SSW)	-	-	-	-	-	-	-	-
21	Haus der Geschichte (CDU und SSW)	-	5	5	5	5	5	5	30
22	Bericht zur Situation der Bil- dungsstätten (SPD und BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
23	Mut zu Reformen: Reduzierung der Lohnnebenkosten (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN)	-	-	-	-	-	-	-	-
24	Handwerksordnung weiterent- wickeln (CDU) nach TOP 19	-	5	5	5	5	5	5	30
25	Weiterentwicklung der Sucht- und Drogenpolitik (SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)	- ohne Aussprache -							
26	Bericht über Lebensmittelpreise und Verbraucherverhalten (CDU)	-	-	-	-	-	-	-	-
27	Erhebung von Studiengebühren (CDU und FDP)	-	10	10	10	10	10	10	10
	Berichte								
28	Bericht 2003 des Unabhängi- gen Landeszentrums für den Datenschutz	-	5	5	5	5	5	5	30
29	Baumaßnahmen der DB AG (Reg.) nach TOP 24	-	5	5	5	5	5	5	30
30	Kindergesundheitsbericht (CDU)	5	5	5	5	5	5	5	35
31	Eingliederungshilfe für behin- derte Menschen (CDU)	5	5	5	5	5	5	5	35
32	Tätigkeitsbericht 2002 der Bür- gerbeauftragten für soziale An- gelegenheiten	-	5	5	5	5	5	5	30

Reihenfolge der Beratung der 34. Tagung

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 18. Juni 2003			
2	Regierungserklärung	90	10:00
6	Abbau der Fehlsubventionierung Wohnungswesen	30	11:30
7	Änderung des Hochschulgesetzes	30	12:00
8	Änderung des Landesverwaltungsgesetzes	30	12:30
4	Änderung des Landeswassergesetzes	65	15:00
11	2. Nachtrag zum Haushaltsplan 2003	30	16:05
12 u.26	Agrarreport und Verbraucherverhalten	30	16:35
13	Einführung einer zentralen Abiturprüfung	35	17:05
Donnerstag, 19. Juni 2003			
17, 20 u.23	Soziales Sicherungssysteme	60	10:00
19	Wassertourismus entwickeln	30	11:00
24	Handwerksordnung weiterentwickeln	30	11:30
29	Baumaßnahmen der DB AG	30	12:00
39	Förderung der Existenzgründungen	30	12:30
35	Reform des Jugendstrafrechts	30	15:00
38	Tätigkeit des Eingabenausschusses	5	15:30
45	Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz des Bundes	30	15:35
14	Reform der Gemeindefinanzen	60	16:05
21	Haus der Geschichte	30	17:05
28	Bericht des Unabhängigen Landeszentrums Daten- schutz	30	17:35
Freitag, 20. Juni 2003			
5	Mittelstandförderungs- und Vergabegesetz	65	10:00
27	Erhebung von Studiengebühren	60	11:05
30	Kindergesundheitsbericht	35	12:05
31	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	35	12:40
46	Europäischer Verfassungskonvent	60	15:00
42	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark	60	16:00
32	Bericht der Bürgerbeauftragten für soziales Angelegen- heiten	30	17:00
33	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruk- tur und des Küstenschutzes	30	17:30

Hinweis:

Soweit einzelne **Tagesordnungspunkte** durch **Fettung** hervorgehoben sind, ist der Beginn der Beratung **zeitlich festgelegt**.